

2.1 Institution: Organisation und Strukturen

Nach Stefan Marschall¹ sind Parlamente komplexe Organisationen. Obschon die Aussage banal genug scheint, ist erklärungsbedürftig, wieso Parlamente als „Organisationen“ qualifiziert werden und warum sie „komplex“ sein sollen. Sie können als „Organisationen“ bezeichnet werden, weil sie über eigenständige Ressourcen verfügen, nach außen als einheitliche Akteure auftreten und Substrukturen ausbilden. „Komplex“ sind diese Organisationen, weil ihre Mitglieder konfligierende Ziele verfolgen und in Wettbewerb zueinander stehen. Ebenso wichtig ist, dass Parlamente als Ganzes unterschiedliche Aufgaben erfüllen, die teilweise in Spannung zueinander stehen. Diese Qualifizierungen treffen auch auf Landesparlamente zu. Auch sie müssen politische, funktionale und demokratische Anforderungen in Einklang bringen, um legitim und effektiv entscheiden und handeln zu können. Für Landesparlamente bedeutet dies, dass sie als Verfassungsorgane über Ressourcen und Leitungsgremien (Präsident, Präsidium, Ältestenrat) sowie einen unabhängigen Verwaltungsstab verfügen, dass sie spezifische Arbeitsstrukturen ausbilden (Ausschüsse und Plenum) und dass sie gewährleisten, dass politische Unterstützung für und Opposition gegen die Regierung mobilisiert werden können. In allen drei Dimensionen weist der Landtag NRW zwar einige Besonderheiten auf, doch erlauben diese Besonderheiten nicht, von einem eigenständigen Parlamentarismustyp oder einem spezifischen Entwicklungspfad zu sprechen. Der Landtag NRW lässt sich ohne Abstriche als Mischung aus Rede- und Arbeitsparlament qualifizieren, das in einem parlamentarischen Regierungssystem die ihm zugewiesenen Funktionen ebenso gut erfüllt wie andere Landesparlamente. Auch verfügt es

¹ S. Marschall, *Parlamentarismus* 2005, S. 120 ff.; vgl. auch: W. Reutter, *Föderalismus* 2008, S. 150 ff.

über Ressourcen, um den grundsätzlichen Anspruch nach Autonomie gegenüber anderen Verfassungsorganen geltend machen zu können.

Ein Vergleich von Landesparlamenten muss berücksichtigen, dass Legislaturperioden unterschiedlich lange sind. Tabelle 2.1 zeigt, dass die Anzahl der Wahlperioden in den alten Bundesländern zwischen 20 (HH) und 15 (BW, SLD) variiert; in den neuen Bundesländern wurden seit 1990 5 bzw. 6 Landtage gewählt, in NRW waren es 16. Insgesamt haben seit 1946 die Landesparlamente 198 Legislaturperioden vollständig absolviert, wobei die Länder der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone ebenso wenig mitgerechnet sind wie Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Baden.

2.1.1 Größe, Leitungsorgane und Ressourcen

Die Frage, ob Größe, Ressourcen sowie Zusammensetzung und Kompetenzen der Leitungsorgane sich auf Macht und Leistungsfähigkeit eines Parlamentes niederschlagen, ist nur schwer zu beantworten. Folgt man Martin Sebaldt, der nationale Parlamente vergleichend untersucht hat, lassen sich keine eindeutigen Zusammenhänge zwischen diesen Variablen feststellen. Weder die Größe eines Parlamentes noch die Bestandsgarantie scheinen danach erklären zu können, wie gut oder wie schlecht ein Parlament seine Aufgaben erledigt. Allein die „Arbeitsorganisation“, d. h. das Ausschusswesen, sage etwas darüber aus, wie ein Parlament die Aufgaben der Regierungsbildung, der Kontrolle, der Gesetzgebung sowie der Repräsentation und Kommunikation erfüllen könne.² Anders gesagt: Starke, einflussmächtige Parlamente besitzen starke, einflussmächtige Ausschüsse. Auch wenn ähnliche Studien über den Zusammenhang von Größe, Leitungsorgane und Ressourcen einerseits und Performanz andererseits für Landesparlamente nicht existieren, werden diese Aspekte hier vergleichend untersucht, um die Unterschiede zwischen den Landesparlamenten herauszuarbeiten und so strukturelle Voraussetzungen für die Performanz und die Leistungsfähigkeit von Landesparlamenten zu identifizieren.

Größe

Gemessen an der Anzahl der Mandate ist der Landtag NRW das größte Landesparlament in der Bundesrepublik. Seine gesetzliche Mindestzahl liegt gegenwärtig bei 181; es verfügt mit aktuell 237 Abgeordneten (16. WP) auch über die meisten Volksvertreter und hatte in der 11. Wahlperiode die meisten Abgeordneten – nämlich 239 –, die ein Landesparlament in der Bundesrepublik Deutschland bisher hatte (Tab. 2.2).

² M. Sebaldt, Die Macht 2009, S. 143 ff. Sebaldt untersucht: Parlamentsgröße, Bestandsgarantie, Machtdispersion und Arbeitsorganisation (Rede- oder Arbeitsparlamente).

Tab. 2.1 Wahlperioden der Landesparlamente seit 1946 (Stand: Jan. 2014)

WP	BW	BAY	BER	BB	HB	HH	HES	MV	NDS	NRW	RP	SLD	SN	ST	SH	TH
1.	1952	1946	1951	1990	1947	1946	1946	1990	1947	1947	1947	1947	1990	1990	1947	1990
2.	1956	1950	1955	1994	1951	1949	1950	1994	1951	1950	1951	1952	1994	1994	1950	1994
3.	1960	1954	1959	1999	1955	1953	1954	1998	1955	1954	1955	1955	1999	1998	1954	1999
4.	1964	1958	1963	2004	1959	1957	1958	2002	1959	1958	1959	1960	2004	2002	1958	2004
5.	1968	1962	1967	2009	1963	1961	1962	2006	1963	1962	1963	1965	2009	2006	1962	2009
6.	1972	1966	1971	-	1967	1966	1966	2011	1967	1966	1967	1970	-	2011	1967	-
7.	1976	1970	1975	-	1971	1970	1970	-	1970	1970	1971	1975	-	-	1971	-
8.	1980	1974	1979	-	1975	1974	1974	-	1974	1975	1975	1980	-	-	1975	-
9.	1984	1978	1981	-	1979	1978	1978	-	1978	1980	1979	1985	-	-	1979	-
10.	1988	1982	1985	-	1983	1982	1982	-	1982	1985	1983	1990	-	-	1983	-
11.	1982	1986	1989	-	1987	1982	1983	-	1986	1990	1987	1994	-	-	1987	-
12.	1996	1990	1990	-	1991	1986	1987	-	1990	1995	1991	1999	-	-	1988	-
13.	2001	1994	1995	-	1995	1987	1991	-	1994	2000	1996	2004	-	-	1992	-
14.	2006	1998	1999	-	1999	1991	1995	-	1998	2005	2001	2009	-	-	1996	-
15.	2011	2003	2001	-	2003	1993	1999	-	2003	2010	2006	2012	-	-	2000	-
16.	-	2008	2006	-	2007	1997	2003	-	2008	2012	2011	-	-	-	2005	-
17.	-	2013	2011	-	2011	2001	2008	-	2013	-	-	-	-	-	2009	-
18.	-	-	-	-	-	2004	2009	-	-	-	-	-	-	-	2012	-
19.	-	-	-	-	-	2008	2014	-	-	-	-	-	-	-	-	-
20.	-	-	-	-	-	2011	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

BW Baden-Württemberg, *BAY* Bayern, *BER* Berlin, *BB* Brandenburg, *HB* Hansestadt Bremen, *HH* Hansestadt Hamburg, *HES* Hessen, *MV* Mecklenburg-Vorpommern, *NDS* Niedersachsen, *NRW* Nordrhein-Westfalen, *RP* Rheinland-Pfalz, *SLD* Saarland, *SN* Sachsen, *ST* Sachsen-Anhalt, *SH* Schleswig-Holstein, *TH* Thüringen

Quelle: Landeswahlleiter, <http://www.election.de>; eigene Zusammenstellung

Tab. 2.2 Länge der Wahlperioden und Anzahl der Mandate (erste und aktuelle Wahlperiode; Stand: Dezember 2013)

	Länge der Wahlperiode		Mindestanzahl der gesetzlichen Mandate		Anzahl der Abgeordneten		Maximale Anzahl der Abgeordneten
	1. WP	Lfd. WP	1. WP	Lfd. WP	1. WP	Lfd. WP	(Abs.)
	(In Jahren)	(In Jahren)	(Abs.)	(Abs.)	(Abs.)	(Abs.)	
BW	4	5	120	120	121	138	155
BAY	4	5	204	180	180	180	204
BER	4	5	200	130	130 ^b	149	206
BB	4	4	88	88	88	88	89
HB	4	4	100	100	100	83	100
HH	4	5	110	121	110	121	121
HES	4	5	90	110	90	110	118
MV	4	5	66	71	66	71	71
NDS	4	5	155	135	149	152	183
NRW	4	5	200	181	216	237	239
RP	4	5	101	101	101	101	101
SLD	5 ^a	5	50	51	50	51	51
SN	4	5	120	120	120	132	132
ST	4	5	99	91	106	105	116
SH	4	5	69	69	70	69	95
TH	4	5	88	88	89	88	89

Quelle: <http://www.wahlrecht.de/landtage/index.htm> (Zugriff: 27. Dez. 2012); die Beiträge in: S. Mielke/W. Reutter (Hrsg.), Landesparlamentarismus 2012

^a Die fünfjährige Wahlperiode war zunächst nur für die erste Legislaturperiode vorgeschrieben, doch wurde diese Regelung 1951 in die Verfassung aufgenommen

^b Die Verfassung von 1950 hatte noch Groß-Berlin als Wahlgebiet bestimmt, doch lag - dem Bevölkerungsanteil entsprechend - die Anzahl der Abgeordneten für den Westteil der Stadt bei 130

Dass Landesparlamente unterschiedlich groß sind, ist eine zutreffende und triviale Feststellung. Gleichwohl bleibt erklärungsbedürftig, wieso Landesparlamente in ihrer Größe variieren und welche Kriterien herangezogen werden können, um die Größe eines Parlamentes theoretisch einordnen und bewerten zu können.³ Zudem wird häufig unterstellt, dass Landesparlamente über identische Aufgabenprofile verfügen würden, die bestimmt werden durch den bundesstaatlichen Aufbau und das europäische Mehrebenensystem. Anerkannte Maßstäbe, aus denen sich eine „ideale“ Größe eines Parlamentes ableiten ließe, existieren nicht. Dennoch lassen sich repräsentations- und demokratietheoretische Überlegungen heranziehen,

³ Vgl. W. Reutter, Föderalismus 2008, S. 150 ff.; M. Sebaldt, Die Macht 2009, S. 145 ff.; R. Taagepera, The Size 1972; S. Marshall, Parlamentarismus 2005, S. 120 ff.

um die Größe eines Parlamentes zu analysieren: Zum einen interessiert, wie viele Wähler durch einen Abgeordneten vertreten werden sollen, damit die Kommunikation zwischen Repräsentierten und Repräsentanten noch gewährleistet ist. Zum anderen muss ein Parlament groß genug sein, um seine Aufgaben zu erfüllen und die interne Arbeitsfähigkeit zu gewährleisten.

Die wenigen einschlägigen Untersuchungen, die sich mit dieser Frage – bezogen auf Landesparlamente – empirisch beschäftigen, verweisen dabei auf weitere Faktoren, die die Entscheidungen über die Größe eines Landesparlamentes geprägt haben: auf die Bevölkerungsgröße (bzw. die Anzahl der Wahlberechtigten), auf das erwartete Aufgabenprofil, auf den Parlamentstyp und das damit verknüpfte Regierungssystem sowie auf historische Traditionen.⁴ Überlagert wurden diese Aspekte vielfach von finanziellen Erwägungen und dem Versuch, Kosten für parlamentarische Vertretungen zu reduzieren. Das hat insgesamt eine „Rationalisierung“ der parlamentarischen Vertretung begünstigt. Gemeint ist damit, dass der Aufwand für parlamentarische Vertretung begrenzt, mehr noch: gesenkt werden soll. Niedergeschlagen hat sich dies in dreierlei Hinsicht: in einer inzwischen in fast allen Ländern – außer in Bremen und Hamburg – auf fünf Jahre verlängerten Wahlperiode, in einer Reduktion der gesetzlichen Mindestanzahl der Mandate in Bayern, Berlin und Nordrhein-Westfalen und in – hier nicht weiter behandelten – Reformen der Diäten und Kostenpauschalen (Tab. 2.2).

Der Landtag Nordrhein-Westfalen war diesbezüglich in zweierlei Hinsicht Trendsetter: bei der Verlängerung der Wahlperiode von vier auf fünf Jahren und bei der Reduktion der gesetzlichen Mindestanzahl der Mandate. Zwar hatte das Saarland schon 1947 eine fünfjährige Wahlperiode eingeführt, doch fand diese Regelung keine Nachahmer in den Ländern der alten Bundesrepublik. Erst Nordrhein-Westfalen übernahm diese Vorschrift und etablierte 1970 eine fünfjährige Wahlperiode. Die anderen Bundesländer folgten diesem Modell um die Jahrtausendwende, was auch die neuen Bundesländer einschloss, die sich 1990 noch durchweg für eine vierjährige Wahlperiode entschieden hatten. Aktuell besitzen nur noch die beiden Hansestädte eine vierjährige Wahlperiode, und Hamburg wird spätestens 2015 ebenfalls zu einer fünfjährigen Wahlperiode übergehen.⁵ Gleichzeitig gehörte Nordrhein-Westfalen – zusammen mit Bayern und Berlin – zu den Bundesländern, die die gesetzliche Mindestanzahl der Mandate reduzierte, und zwar von 201 (seit 1975) auf 181 (ab 2005).⁶

⁴ Vgl. auch W. Reutter, *Föderalismus* 2008, S. 155 f.

⁵ Ab Beginn der nächsten Wahlperiode – voraussichtlich 2015 – wird die Bürgerschaft in Hamburg für fünf Jahre gewählt.

⁶ In Bayern wurde die Mindestanzahl nach der Landtagswahl 1998 von 204 auf 180 gesenkt; in Berlin wurde die Anzahl der Mandate nach der Vereinigung zweimal gesenkt und zwar von 200 (1990) über 150 (1995) auf 130 (seit 1999).

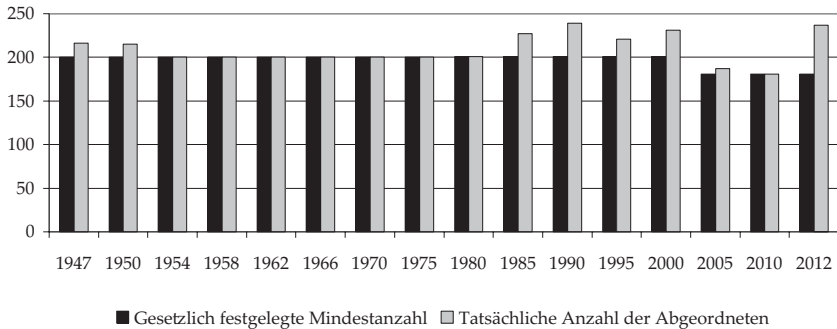


Abb. 2.1 Gesetzliche und tatsächliche Anzahl der Mandate im Landtag Nordrhein-Westfalen (absolut; 1947 bis 2012). (Quelle: Landtag NRW, Landtagswahlen 1947 bis 1990, 1995, 2000, 2005, 2012; eigene Darstellung)

Gemessen an der gesetzlichen Mindestanzahl von 181 Mandaten ist der Landtag NRW das aktuell größte Landesparlament in der Bundesrepublik, liegt allerdings nur knapp vor dem Bayerischen (180 Mandate) und – schon mit deutlich größerem Abstand – dem Niedersächsischen Landtag (135 Mandate). Allerdings lag aufgrund von Überhang- und Ausgleichsmandaten die Anzahl der Abgeordneten in Nordrhein-Westfalen nicht selten deutlich über der gesetzlich festgelegten Mindestanzahl (Abb. 2.1). Der Landtag NRW hatte in der 11. Wahlperiode (1990/95) sogar 239 Abgeordnete und war damit das größte Landesparlament in der Geschichte der Bundesrepublik; in der 16. Wahlperiode (2012/17) fielen 56 Überhang- und Ausgleichsmandate an.

Den in absoluten Zahlen gemessenen Spitzenplatz verliert der Landtag NRW, wenn die Mandatszahlen zu anderen Messgrößen ins Verhältnis gesetzt werden. Zwei Aspekte sind hier relevant: die Entwicklung im Zeitablauf (Tab. 2.3) und der Bundesländervergleich (Tab. 2.4). So zeigt sich in Nordrhein-Westfalen – wie in anderen Bundesländern – eine im Zeitablauf sich vergrößernde Vertretungsrelation. Bezogen auf die gesetzliche Mindestanzahl der Abgeordneten repräsentierte 1950 ein einzelner Abgeordneter in NRW noch 44.462 Wahlberechtigte und 64.630 Einwohner; im Jahre 2012 waren dies 73.271 Wahlberechtigte und 98.569 Einwohner (Tab. 2.3). Die Abgeordneten in Nordrhein-Westfalen müssen auch im Vergleich zu anderen Bundesländern die meisten Wahlberechtigten und die meisten Einwohner vertreten (Tab. 2.4).

Dies ist keineswegs nur darauf zurückzuführen, dass die Anzahl der Einwohner bzw. Wahlberechtigten gestiegen ist und diejenige der gesetzlichen Mandate in NRW gesenkt wurde. Vielmehr stieg auch die Anzahl der Einwohner, die sich an Parlamentswahlen beteiligen können (Tab. 2.5). Bestimmt wird die Anzahl der Wahlberechtigten an den Einwohnern im Wesentlichen durch zwei Faktoren:

Tab. 2.3 Einwohner, Wahlberechtigte und Anzahl der gesetzlich vorgesehenen Sitze im Landtag NRW (1950 bis 2012)

	Einwohner (in Mio.)	Wahl- berechtigte	Mindestanzahl der Abgeordneten	Einwohner pro Abgeordneten	Wahlberechtigte pro Abgeordneten
1950	12,93	8.892.305	200	64.630	44.462
1970	17,00	11.890.609	200	85.024	59.453
1975	17,13	12.035.289	200	85.648	60.176
1980	17,06	12.342.282	201	84.867	61.404
1985	16,67	12.705.763	201	82.955	63.213
1990	17,35	13.036.004	201	86.317	64.856
1995	17,89	13.041.964	201	89.020	64.885
2000	18,01	13.061.265	201	89.601	64.981
2005	18,06	13.230.366	181	99.769	73.096
2010	17,84	13.267.052	181	98.592	73.299
2012	17,84	13.262.049	181	98.569	73.271

Quelle: eigene Berechnungen; U. Andersen/R. Bovermann, Der Landtag 2012, S. 404; Information und Technik Nordrhein-Westfalen, Geschäftsbereich Statistik (Hrsg.), Bevölkerung, 2012, S. 35

durch das Wahlalter und durch den Anteil der Einwohner ohne deutsche Staatsangehörigkeit. So ist das „formale Repräsentationsniveau“ – gemessen als Anteil der Wahlberechtigten an den Einwohnern – von 68,8 (1950) über 69,9 (1970) auf 74,3 % (2010) gestiegen, wobei der höchste Wert von 76,2 % im Jahre 1985 erreicht wurde. Allerdings ist gleichzeitig die Wahlbeteiligung gefallen, so dass der Anteil der gültigen Stimmen an den Einwohnern – hier bezeichnet als „aktualisiertes Repräsentationsniveau“ – inzwischen auf 43,7 % und damit unter das Niveau von 1950 gefallen ist. Jeder Versuch, über eine Veränderung der rechtlichen Rahmenbedingungen die politische Beteiligung zu erhöhen, muss dieses Auseinandertreten von formalem und aktualisiertem Repräsentationsniveau berücksichtigen.

In Verbindung mit der seit 1970 von vier auf fünf Jahre verlängerten Wahlperiode ergibt sich aus dieser gesunkenen Vertretungsrelation eine „Rationalisierung politischer Repräsentation“: Bürger und Bürgerinnen erhalten nicht nur seltener die Möglichkeit zur politischen Beteiligung, sondern die Abgeordneten müssen auch eine deutlich höhere Anzahl von Wählern und Wählerinnen repräsentieren.

Leitung und Ressourcen

Landesparlamente sind Verfassungsorgane, die über Ressourcen und gewählte Leitungsstrukturen verfügen müssen. Sie benötigen also ausreichend Mittel, um Mandatsträger finanzieren und einen Verwaltungsstab unterhalten zu können, und sie müssen ihre internen Verfahrensabläufe autonom gestalten und organisieren können. Der Landtag NRW entspricht in dieser Hinsicht bekannten Mustern. Er

Tab. 2.4 Einwohner, Wahlberechtigte, Abgeordnete (Stand: Dezember 2013)^a

	Einwohner 2012 (in Mio.) ^b	Anzahl der Wahlberech- tigten ^c	Mindest- anzahl der Abgeordneten	Einwoh- ner pro Abgeordneten	Wahlberechtigte pro Abgeordneten
	(1)	(2)	(3)	(5)	(6)
HB	0,66	494.167	83	7.967	5.954
HH	1,80	1.254.638	121	14.866	10.369
SLD	1,01	797.512	51	19.870	15.637
MV	1,63	1.373.932	71	23.024	19.351
TH	2,22	1.910.074	88	25.241	21.705
ST	2,31	1.988.172	91	25.421	21.848
BER	3,51	2.469.716	130	26.937	18.998
BB	2,49	2.126.357	88	28.359	24.163
SN	4,13	3.510.336	120	34.475	29.253
RP	4,00	3.088.199	101	39.595	30.576
SH	2,84	2.239.615	69	41.125	32.458
HES	6,10	4.392.536	110	55.383	39.932
NDS	7,91	6.087.297	135	58.618	45.091
BAY	12,61	9.405.974	180	69.977	52.255
BW	10,90	7.622.873	120	89.886	63.524
NRW	17,84	13.262.049	181	98.574	73.271

Quelle: Gebiet und Bevölkerung – Fläche und Bevölkerung, Statistische Ämter des Bundes und der Länder, in: http://www.statistik-portal.de/statistik-portal/de_jab_01_jahrtab1.asp (Zugriff: 24. Dezember 2012); Parlamentsdokumentationen der Landesparlamente; eigene Berechnungen

^a Aufsteigend geordnet nach Spalte (5)

^b Einwohner sind deutsche Staatsbürger, Ausländer, Kinder, Jugendliche und alle anderen Wohnsitzberechtigten, wenn sie ihren Hauptwohnsitz im angegebenen Bundesland haben

^c Stand jeweils: letzte Landtagswahl vor Dezember 2013

verfügt mit Präsident/in, Vizepräsidenten/innen, Präsidium, Ältestenrat und Landtagsverwaltung über die in allen Landesparlamenten – wenn auch mit leichten Variationen – anzutreffenden Leitungsstrukturen a), über eine Landtagsverwaltung b) und ist im Haushalt mit einem Einzelplan ausgewiesen c).

(a) *Leitungsstrukturen*: Im Detail existieren bei der Ausgestaltung der Leitungsstrukturen zwischen den Landesparlamenten durchaus Unterschiede (Tab. 2.6). Anders als in NRW gehören z. B. in Bayern und Bremen die Schriftführer dem Präsidium an, zumeist sind diese aber – wie in Nordrhein-Westfalen – lediglich Teil des Sitzungsvorstandes. Auch gibt es in einigen Landtagen keinen Ältestenrat, während andere ohne eigenständiges Präsidium auskommen (Mecklenburg-

Tab. 2.5 „Formales“ und „aktualisiertes“ Repräsentationsniveau in NRW (1950–2012)

	Einwohner (in Mio.)	Wahlberechtigte	Gültige Stimmen	„Formales“ und „aktualisiertes“ Repräsentationsniveau	
				Anteil der Wahl- berechtigten an Einwohnern	Anteil der gülti- gen Stimmen an Einwohnern
	(abs.)	(abs.)	(abs.)	(in %)	(in %)
1950	12.926.000	8.892.305	6.201.117	68,8	48,8
1970	17.004.851	11.890.609	8.677.827	69,9	51,0
1975	17.129.615	12.035.289	10.262.205	70,3	59,9
1980	17.058.193	12.342.282	9.818.518	72,4	57,6
1985	16.674.051	12.705.763	9.479.440	76,2	56,9
1990	17.349.651	13.036.004	9.291.974	75,1	53,6
1995	17.893.045	13.041.964	8.294.235	72,9	46,4
2000	18.009.865	13.061.265	7.336.411	72,5	40,7
2005	18.058.105	13.230.366	8.244.014	73,3	45,7
2010	17.845.145	13.267.052	7.760.546	74,3	43,5
2012	17.841.000 ^a	13.262.049	7.793.995	74,3	43,7

Quelle: eigene Berechnungen; U. Andersen/R. Bovermann, Der Landtag, 2012, S. 404; Information und Technik Nordrhein-Westfalen, Geschäftsbereich Statistik (Hrsg.), Bevölkerung 2012, S. 35; Landeswahlleiterin, Landtagswahl 2010 und 2012, jeweils S. 9. eigene Berechnungen

^a Stand: 31. Dez. 2011

Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein). Eine abschließende Bewertung dieser Unterschiede ist nicht möglich. Untersuchungen, ob und inwieweit solche Differenzen den parlamentarischen Arbeitsablauf und die parlamentarische Leistungsfähigkeit wirkmächtig prägen, liegen nicht vor. Hinzu kommt, dass sich aus den in Tab. 2.6 dargestellten Aspekten kein belastbares Muster herauskristallisiert. Allein die Größe des Ältestenrates scheint mit der Anzahl der Abgeordneten positiv zu korrelieren ($r = 0,71$). Doch ansonsten lassen sich keine signifikanten Zusammenhänge feststellen.

Gleichwohl weisen die Landesparlamente typenprägende Gemeinsamkeiten auf, die die Zusammensetzung, die Wahl und die Funktionen der Leitungsgremien betreffen und die auch im Landtag NRW zu finden sind. Wie in den meisten anderen Landesparlamenten sind im Landtag NRW alle Fraktionen in allen Leitungsgremien vertreten (Tab. 2.6).⁷ Ein solches auf Kooptation fußendes Verfahren hat sich in den Landesparlamenten bewährt. Es entspricht dem konsensualen Charakter dieser Gremien, dass Entscheidungen von den Fraktionen normalerweise

⁷ Dieses Prinzip setzte sich sogar in Brandenburg durch, als eine Vertreterin der DVU, Liane Hesselbarth, 1999 und 2004 ins Präsidium gewählt wurde.

Tab. 2.6 Anzahl der Abgeordneten und Fraktionen sowie Zusammensetzung der Leitungsorgane in Landesparlamenten (Stand: Dezember 2006)

	Plenum		Präsidenten, Vizepräsidenten, Präsidium			Ältestenrat	
	Anzahl der Abgeordneten	Anzahl der Fraktionen bzw. Gruppen ^a	Anzahl der Präsidenten und Vizepräsidenten	Größe des Präsidiums (inkl. Präsidenten und Vizepräsidenten)	Anzahl der vertretenen Fraktionen	Größe des Ältestenrats (inkl. Präsidenten und Vizepräsidenten)	Anzahl der vertretenen Fraktionen
BW	139	4	3	18	4	–	–
BAY	180	3	3	11	3	14	3
BER	149	5	3	15	5	15	5
BB	88	4	2	12	4	–	–
HB	83	5 ^b	3	6	3	–	–
HH	121	3	4	7	3	18	3
HES	119	4	5	9	4	19	4
MV	71	5	4	–	4	8	5
NDS	183	4	5	5	3	22	4
NRW	187	4	4	4	4	19	4
RP	101	3	4	4	3	19	3
SLD	51	4	3	6	4	10	4
SN	124	6	4	20	6	–	–
ST	115	4	3	–	–	16	4
SH	69	5	3	–	2	8	5
TH	88	3	3	3	3	10	3

Quellen: W. Reutter, Föderalismus 2008, S. 163

^a Fraktionen und Gruppen, zu Beginn der Legislaturperiode

^b einschließlich FDP und DVU, die über jeweils einen Abgeordneten in der Bürgerschaft verfügten

akzeptiert werden; außerdem können so neue Parteien in das parlamentarische Geschehen integriert werden. (Probleme tauchen nur auf, wenn rechtsextremistische Parteien wie die NPD oder die DVU in Brandenburg in den Landtag einziehen). Die Funktionen der Leitungsgremien des Landtages NRW entsprechen denjenigen anderer Landesparlamente, auch wenn die Kompetenzen auf die einzelnen Organe unterschiedlich aufgeteilt sind. Doch insgesamt sind Präsidentin, Präsidium und Ältestenrat (einschl. der Schriftführer) dafür zuständig, das Parlament nach außen zu vertreten, die innere Ordnung aufrecht zu erhalten und die Arbeits- und Verfahrensabläufe zu organisieren.⁸

⁸ Vgl. J.-V. Lerch, Organisation 2011, S. 82 ff.; J. Ockermann/A. Glende, So arbeitet der Landtag 1997, S. 50 ff.

Zur Zukunft des Landesparlamentarismus
Der Landtag Nordrhein-Westfalen im
Bundesländervergleich

Reutter, W.

2013, XVII, 134 S. 6 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-04581-4